

# Landkreis Friesland

---

## Niederschrift

**über die 6. - öffentliche - Sitzung des Kreistages des Landkreises Friesland  
am Montag, 17. Dezember 2012, in der Mensa des Mariengymnasiums Jever,  
Terrasse/Zugang Schulhof P.-W.-Janssen-Weg**

---

**Beginn:** 16:00 Uhr

**Ende:** 18:05 Uhr

### **Anwesend:**

#### **Mitglieder**

Ambrosy, Sven  
Bastrop, Heide  
Brunken, Rainer  
Burgenger, Uwe  
Buß, Manfred  
Böcker, Rudolf  
Bödecker, Anne  
Chmielewski, Iko  
Damm, Jens  
Eilers, Claus  
Gburreck, Fred  
Gerdes-Borreck, Matina  
Janßen, Dieter  
Just, Janto  
Kaiser-Fuchs, Marianne  
Kujath, Dörthe  
Kühne, Lars  
Lies, Olaf MdL  
Loers, Diedrich  
Neugebauer, Axel  
Nieraad, Peter  
Onnen-Lübben, Reinhard  
Osterloh, Uwe  
Pauluschke, Bernd  
Polenz, Dirk von  
Ralle, Elfriede  
Ramke, Michael  
Ratzel, Gerhard  
Recksiedler, Raimund  
Rost, Wilfried  
Schlieper, Ulrike  
Sieckmann, Heinke  
Spiekermann, Ewald  
Tammen, Reiner  
Vehoff, Frank  
Wilken, Wilhelm  
Zielke, Gustav  
Zillmer, Dirk

#### Angehörige der Verwaltung

Gerdes, Gerda  
Rohlf-Jacob, Elke  
Klug, Sönke  
Vogelbusch, Silke

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Kreistagsvorsitzender Pauluschke eröffnete die Sitzung und hieß alle Anwesenden herzlich willkommen. Besonders begrüßte er namens des Kreistages den Schulleiter des Mariengymnasiums Jever, Frank Timmermann. Ein Grußwort der Stadt Jever entfalle an dieser Stelle, da sowohl Frau Bürgermeisterin Dankwardt als auch KTA Husemann terminlich verhindert sei.

Herr Timmermann begrüßte den Kreistag namens der Schulleitung. Dem Kreistag habe er vor einigen Wahlperioden für 10 Jahre angehört. Nach nunmehr fast einem Jahr als Leiter des Mariengymnasiums könne er bestätigen, dass diese Schule sich dynamisch und mit einem aktiven Leben an einem lebenswerten Standort darstelle. Der auf den Tischen verteilte Flyer stelle dies dar. Am Mariengymnasium mit seinen fast 1.200 Schülern arbeite ein engagiertes Kollegium von zurzeit 110 Lehrerinnen und Lehrern. Gemeinsam mit der kritisch-konstruktiven Begleitung durch die Elternschaft und der materiellen und ideellen Unterstützung des Landkreises Friesland als Schulträger sei die Schule in der Lage, ihre erfolgreiche Arbeit zu leisten. Namens der gesamten Schulgemeinschaft dankte Herr Timmermann den Kreistagsmitgliedern für ihr Engagement für die Belange des Gymnasiums.

Bei anstehenden Überlegungen zu Strukturveränderungen der schulischen Landschaft im Nordkreis möge der Kreistag die Wünsche und Anregungen des Mariengymnasiums in den Meinungsbildungsprozess einbeziehen. Namens des Schulvorstandes bot Herr Timmermann einen Gedankenaustausch mit Fachausschüssen und Fraktionen an.

Der Sitzung wünschte Herr Timmermann einen angenehmen Verlauf und gute Beschlüsse. Für die bevorstehenden Weihnachtstage und den Jahreswechsel wünschte er alles Gute. - Kreistagsvorsitzender Pauluschke stellte fest, den Gremien des Kreistages seien es ein Anliegen, bei ihren Entscheidungen so weit machbar und vertretbar die Interessen aller Schulen mit einfließen zu lassen.

### **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Herr Pauluschke stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Für die Sitzung seien entschuldigt die Kreistagsmitglieder Busch, Funke, Harms, Husemann und Ostendorf.

Herr Just war noch nicht anwesend, erschien jedoch wenige Minuten später und nahm ab TOP 3 an der Sitzung teil.

### TOP 3      Feststellung der Tagesordnung

Kreistagsabgeordneter Ratzel beantragte namens der FDP-SWG-UWG-BBV/F-Gruppe die Absetzung des Tagesordnungspunktes 6.2.4 – Resolution zum Betreuungsgeld -. Das Gesetz sei inzwischen verabschiedet worden; am 14.12. habe der Bundesrat die Anrufung des Vermittlungsausschusses abgelehnt. Die Resolution sei damit nicht mehr erforderlich.

Frau Bödecker hielt dem entgegen, auf kommunaler Ebene sollte ein Zeichen gesetzt und deutlich gemacht werden, dass die Auswirkungen des Betreuungsgeldes die Kommunen belasteten. Im kommenden Jahr werde über die Angelegenheit sicherlich nochmal neu verhandelt werden müssen. Auch die FDP auf Bundesebene habe sich im Übrigen gegen das Betreuungsgeld ausgesprochen.

Namens der CDU-Fraktion unterstützte KTA Vehoff den Absetzungsantrag. Die Verabschiedung einer Resolution sei ein falsches Signal; in Bundespolitik mische man sich nicht ein.

Herr Chmielewski stellte fest, es sei Aufgabe der Basis, Bundespolitik kritisieren zu dürfen. Eine Resolution mache Sinn, weil die breite Mehrheit im Kreistag das Betreuungsgeld für falsch halte.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke ließ sodann über den Absetzungsantrag abstimmen. **Mehrheitlich** beschloss der Kreistag, **TOP 6.2.4** „Antrag der Gruppe SPD-Bündnis 90/Die Grünen vom 08. Oktober 2012 auf Verabschiedung einer Resolution gegen die Einführung des Betreuungsgeldes“ **auf der Tagesordnung zu belassen**.

Die Tagesordnung wurde in dieser Form festgestellt.

### TOP 4      Einwohnerfragestunde

Herr T. aus Zetel meldete sich zu Wort; er berief sich darauf, die Kreisverwaltung habe ihm unter dem 2. Oktober 2012 schriftlich mitgeteilt, dass ihr keine Unterlagen in seiner Angelegenheit (Anm.: Bodenabbau auf dem Nachbargrundstück) vorlägen. Er wolle seinerseits Schriftstücke abgeben und bitte um Stellungnahme der Kreisverwaltung. Die katasteramtliche Karte und das Bodenabbauverzeichnis zeigten, was mit Genehmigung des Landkreises abgebaut worden sei. Es gehe nicht an, dass ein Behördenleiter eine Grenzaufhebung ohne Einverständniserklärung der Anlieger durchführen könne.

Herr Pauluschke erinnerte daran, in der Kreistagssitzung im Juli 2012 habe man über die Angelegenheit gesprochen. Herr T. habe seinerzeit seine Bitte und Beschwerde vorgetragen. Inzwischen habe es einen Schriftwechsel mit der Kreisverwaltung gegeben. Als Kreistagsvorsitzender habe er Herrn T. gemäß Kreistagsvotum schriftlich mitgeteilt, dass die gegen den Landrat erhobene Beschwerde als erledigt angesehen werde.

Herr Pauluschke nahm die Unterlagen des Herrn T. entgegen; man werde sie zur weiteren Prüfung der Verwaltung zuleiten und Kontakt zu Herrn T. aufnehmen.

**TOP 5      Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom  
17. Oktober 2012**

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

**TOP 6      Öffentliche Berichte und Vorlagen**

**TOP 6.1    - aus dem Kreisausschuss vom 14. November 2012**

**TOP 6.1.1 Annahme und Vermittlung von Zuwendungen gem. § 111 Abs. 7  
NKomVG; hier: diverse Zuwendungen und Förderzusagen in 2012  
Vorlage: 0195/2012**

Gemäß Empfehlung des Kreisausschusses vom 14. November 2012 – TOP 3.1.1  
der Niederschrift – beschloss der Kreistag wie folgt:

**Beschluss:**

Der Annahme und Verwendung der in Vorlage Nr. 0195/2012 aufgeführten  
Zuwendungen bzw. Förderzusagen gemäß § 111 Abs. 7 NKomVG wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**TOP 6.2    - aus dem Kreisausschuss vom 10. Dezember 2012**

**TOP 6.2.1 Neubesetzung des Jugendhilfeausschusses; Neubesetzung mit  
Herrn Olaf Meyer-Helfers als Leiter des Jugendamtes und  
Neubesetzung durch einen Vertreter der katholischen Kirche  
(JuhIA 22.11.)  
Vorlage: 0206/2012**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.1 der KA-Niederschrift vom  
10. Dezember 2012 zur Kenntnis und fasste folgenden ...

**Beschluss:**

Der Neubesetzung des Jugendhilfeausschusses mit Herrn Olaf Meyer-Helfers, Leiter  
des Jugendamtes, und Herrn Klaus Elfert, Vertreter der Katholischen Kirche, als  
beratende Mitglieder wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**TOP 6.2.2 2. Änderung der Satzung über die Gewährung einer laufenden Geldleistung sowie die Erhebung eines Kostenbeitrages im Rahmen der Kindertagespflege; Entschädigungsleistung für Tagespflegepersonen in präventiven Betreuungsangeboten (JuhIA 22.11.)  
Vorlage: 0199/2012**

In Übereinstimmung mit dem Kreisausschuss – TOP 3.1.2 der Niederschrift vom 10.12.2012 – beschloss der Kreistag wie folgt:

**Beschluss:**

Der 2. Änderung der Satzung über die Gewährung einer laufenden Geldleistung sowie die Erhebung eines Kostenbeitrages im Rahmen der Kindertagespflege in der im Jugendhilfeausschuss-Protokoll vom 22.11.2012 enthaltenen Fassung wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**TOP 6.2.3 Antrag der Gruppe SPD-Bündnis 90/Die Grünen vom 04. Juni 2012 betr. Verbesserung der Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten im Landkreis Friesland (JuhIA 22.11.)  
Vorlage: 0202/2012**

Kreistagsabgeordnete Schlieper erklärte, der Antrag korrespondiere mit der unter dem nächsten TOP vorgesehenen Verabschiedung der Betreuungsgeld-Resolution. Denn die Probleme gäbe es in dieser Form nicht, wenn für Bildung und Betreuung mehr Gelder – z. B. die für das Betreuungsgeld vorgesehenen Mittel – zur Verfügung stünden.

Kreistagsabgeordneter Vehoff widersprach, denn im Gegensatz zum Betreuungsgeld gehe es bei diesem Antrag um Mittel, die man in eigener Zuständigkeit bewirtschafte. Über die Verwendung von Bundesmitteln dagegen habe der Kreistag nicht zu entscheiden. Die CDU-Fraktion stimme dem Antrag zur Verbesserung der Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten zu, weil auf diesem Gebiet alles Machbare unternommen werden müsse. Maßgeblich sei, dass Städte und Gemeinden, die hinsichtlich des Krippenausbaues bereits in Vorleistung getreten seien, nicht benachteiligt würden. Die im Haushalt veranschlagten Mittel müssten im Rahmen des Kreisumlageschlüssels an alle verteilt werden.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke stellte fest, Beschlussgrundlage sei das Votum des Kreisausschusses vom 10.12.2012, das ausdrücklich eine Verteilungsquote nach dem Aufteilungsschlüssel der Kreisumlage vorsehe.

Landrat Ambrosy teilte ergänzend mit, über die Online-Plattform „LiquidFriesland“ habe die Verwaltung den Antrag der Gruppe SPD/Grüne eingestellt. Das Abstimmungsergebnis laute: Zustimmung: 10, Ablehnung: 5, Enthaltung: 1; somit sei die Vorlage bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern von LF mit 67 : 33 % angenommen worden. Die sich dort abzeichnende Qualität der Diskussion von Sachthemen sei erfreulich.

Gemäß Empfehlung des Kreisausschusses vom 10.12.2012 – TOP 3.1.3 – fasste der Kreistag sodann folgenden ...

**Beschluss:**

Für den schnelleren Ausbau von Krippenplätzen werden den Städten und Gemeinden auf Antrag Mittel in Höhe von 500.000 Euro unter folgender Maßgabe zur Verfügung gestellt:

Sollte sich bei Feststellung des Jahresergebnisses 2012 ein geringerer Haushaltsrest ergeben, so vermindert sich die Mittelgewährung entsprechend; eine Neuverschuldung des Kreises ist ausgeschlossen. Die Verteilungsquote der Mittel bemisst sich nach dem Aufteilungsschlüssel der Kreisumlage.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**TOP 6.2.4 Antrag der Gruppe SPD-Bündnis 90/Die Grünen vom 08. Oktober 2012 auf Verabschiedung einer Resolution gegen die Einführung des Betreuungsgeldes (JuhIA 22.11.)  
Vorlage: 0203/2012**

Kreistagsabgeordneter Lies führte aus, in einer Diskussionsveranstaltung mit Erziehungsfachkräften in Friesland sei deutlich geworden, dass es einen eklatanten Ausstattungsmangel in den Kindertagesstätten gebe. Dringend werde die dritte Kraft in der Krippe gebraucht, kleinere Gruppen und weitere Verfügungsstunden seien erforderlich.

Die Entscheidung der Bundesregierung treffe direkt die kommunale Finanzausstattung, denn 2 Mrd. Euro bundesweit bzw. 200 Mio. Euro in Niedersachsen würden den Kommunen durch das Betreuungsgeld vorenthalten. Es sei der falsche Weg, diese Gelder jeweils dem Einzelnen zukommen zu lassen, anstatt sie zur Verbesserung des bestehenden Systems einzusetzen. Ein klares Signal des friesländischen Kreistages, dass man die Mittel zur Verbesserung der Situation in den Kindertagesstätten dringend benötige, sei erforderlich.

Kreistagsabgeordneter Ratzel erklärte, die Verabschiedung des Betreuungsgeldgesetzes resultiere aus den Vereinbarungen des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und FDP; zu diesen Inhalten stehe die FDP. Zum 1. August 2013 werde die Leistung eingeführt. Eine Resolution könne nichts mehr bewirken. Ohne Zweifel werde mehr Geld für die Ausstattung der Betreuungseinrichtungen, für die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter usw. benötigt. Die Formulierung der Resolution *„Die Absicht der Bundesregierung, mit dem Betreuungsgeld Anreize zu schaffen, Kinder vom Besuch einer Krippe fern zu halten, ist vollkommen kontraproduktiv sowie volkswirtschaftlich und bildungspolitisch fatal“* könne die FDP-SWG-UWG-BBV/F-Gruppe, so Herr Ratzel, aber nicht mittragen. - Fraglich sei, welche Antwort man sich von der Bundesregierung ggf. erhoffe. Die Resolution sei zeitlich überholt und bewirke nichts.

Herr Ratzel beantragte vor diesem Hintergrund, sich inhaltlich auf das Ziel zu beschränken, mehr Mittel für den Ausbau der Betreuungs-Infrastruktur und der Qualifizierung von Personal zu bekommen. Er schlug im Rahmen eines Änderungsantrages folgenden Wortlaut vor:

**„Der Kreistag Friesland fordert die Bundesregierung auf, mehr Bundesmittel für den quantitativen und qualitativen Ausbau der Betreuungs-Infrastruktur und der Qualifizierung der Erzieher und Erzieherinnen einzusetzen.“**

**Begründung:**

*Ab dem 01.08.2013 wird bundesweit ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten Lebensjahr bestehen. Ausbauziel ist die Schaffung von Betreuungsplätzen für 35 % der Unter-Dreijährigen. Der Landkreis Friesland hat in den vergangenen Jahren in erheblichem Umfang Investitionen getätigt, um dieses gesellschaftspolitisch zwingend erforderliche Ziel zu erreichen.*

*Mit mehr Bundesmitteln könnte der weitere Ausbau bzw. die qualitative Verbesserung der Krippen und die Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher enorm voran gebracht werden zur Verbesserung der Chancengleichheit unserer Kinder. Hier im Landkreis Friesland wird schon jetzt der Bau und Ausbau der Kindertagesstätten vorangetrieben, was durch zusätzliche Mittel des Bundes gefördert werden könnte.“*

Kreistagsabgeordneter Vehoff erklärte, eine Resolution, die an der Sache nichts ändere, mache keinen Sinn. Es gebe demokratische Prozesse, z. B. über die Einschaltung von Abgeordneten mehr Gelder in den zuständigen Gremien zu erwirken.

Die beantragte Beschlussfassung stelle reine Wahlkampfpolemik dar und helfe niemandem weiter. Das Betreuungsgeld sei nicht, wie im Text ausgeführt, darauf gerichtet, Kinder von den Krippen fernzuhalten. Es gehe vielmehr darum, zu honorieren, was Eltern bzw. Elternteile leisteten, die ihre Kinder erzögen. Erziehung könne sehr wohl auch außerhalb von Krippen stattfinden. Das Betreuungsgeld ermögliche für Eltern bzw. Väter und Mütter eine Wahlfreiheit.

KTA Burgenger stellte fest, der Bund nehme die Kommunen in die Pflicht, Krippenplätze zu schaffen, Krippen zu bauen und Personal einzustellen, damit der Anspruch auf einen Krippenplatz umsetzbar sei. Parallel dazu verabschiede der Gesetzgeber die Zahlung einer „Herdprämie“, die Eltern davon abhalte, das von den Kommunen geschaffene Angebot tatsächlich wahrzunehmen.

Möglicherweise würden im Ergebnis Einrichtungen nicht mehr ausreichend genutzt, weil es Gelder dafür gebe, sie nicht zu nutzen. Dem Bundesgesetzgeber sollte man daher per Resolution erklären, dass diese Politik unsinnig sei, denn am Ende liege die finanzielle Belastung durch Fehlinvestitionen bei den Kommunen. Der Änderungsantrag von KTA Ratzel komme leider nach Beratung durch Fach- und Kreisausschuss erst kurz vor der Abstimmung und sei problematisch.

KTA Lies erklärte, das geplante Betreuungsgeld schade Friesland, weil man die Qualität der Betreuungseinrichtungen nicht wie gewollt verbessern könne; dies sei Kernaussage der Resolution. Der Änderungsantrag von KTA Ratzel sei ein legitimer Versuch, das Begehren im Einklang mit der Koalitionsvereinbarung zu unterstützen – in dieser Form allerdings entspräche die Resolution aber nicht der gewollten Aussage. Betroffene Eltern hätten sich im Rahmen der erwähnten Diskussionsveranstaltung über hohe Kosten von Krippenplätzen geäußert. Wenn alternativ dazu ein Betreuungsgeld bei Nichtnutzung der Einrichtung gezahlt werde, könne von einer echten Wahlfreiheit nicht die Rede sein. - Niemand werde gezwungen, sein Kind in eine Krippe zu geben. Aber unsinnig sei, Gelder dafür zu zahlen, dass man sie nicht in Anspruch nehme.

Die politische Diskussion müsse, so KTA Chmielewski, im Grunde im Bundestag geführt werden. Der von Herrn Ratzel gestellte Änderungsantrag sage nichts dazu aus, dass man ein Betreuungsgeld nicht wolle. Denkbar wäre es, dem Antrag von Herrn Ratzel zu folgen und quasi eine zweite Resolution mit dessen Inhalt zu verabschieden.

Kreistagsabgeordneter Just unterstrich, es gelte beide Zielrichtungen zu verfolgen: Die bessere Ausstattung der Betreuungseinrichtungen mit dem Ziel einer finanziellen Entlastung der Kommunen als auch die Kritik an der Zahlung des Betreuungsgeldes. Die Zahlung schaffe Fehlanreize insbesondere bei sozial schwachen und bildungsfernen Schichten und Familien. Kinder, für die der Besuch einer Betreuungseinrichtung im Grunde am wichtigsten sei, würden so ferngehalten. Das Betreuungsgeld werde so möglicherweise für andere Ausgabezwecke der Familien eingesetzt. Es gehe also letztlich nicht nur um finanziellen Schaden für die Kommunen, sondern auch um die negative Beeinflussung der Erziehung und Ausbildung von Kindern und um Wahrung ihrer späteren Chancengleichheit in der Schule.

KTA Vehoff erklärte, die CDU-Fraktion wehre sich gegen Resolutionen, durch die man dem Bund mehr Geld abverlange. Ärgerlich sei der in der Diskussion erweckte Eindruck, durch Zahlung eines Betreuungsgeldes würden Eltern ihre Kinder von Betreuungseinrichtungen fernhalten. Eltern seien sich ihrer Selbstverantwortung sehr wohl bewusst.

KTA Böcker bat um Unterstützung des von Herrn Ratzel eingebrachten Änderungsantrages. Mit gutem Willen müsste die Verabschiedung einer entsprechend geänderten bzw. einer gesonderten Resolution machbar sein.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke stellte klar, nur der Resolutionstext, nicht die Begründung sei Gegenstand der Beschlussfassung. Der von der Gruppe eingebrachte Antrag sei der weiter gehende, da es hier um den Verzicht auf die Einführung des Betreuungsgeldes und die Verwendung der ersparten Mittel für weitere Kita-Plätze gehe. Darüber sei somit zuerst abzustimmen.

Für die SPD/Grüne-Gruppe, so Frau Schlieper, sei die Kritik an der Einführung des Betreuungsgeldes unverzichtbarer Kernpunkt der Beschlussfassung. Dem Änderungsantrag könne man daher nicht folgen. - Herr Ratzel verdeutlichte, ihm gehe es darum, die Bundesregierung nicht „vorzuführen“, sondern der Resolution die inhaltliche Schärfe zu nehmen; das Betreuungsgeld werde ohnehin kommen.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke verlas den von der Gruppe SPD-Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Antrag und ließ darüber abstimmen:

### **Resolution:**

**Der Kreistag Friesland fordert die Bundesregierung auf, die Einführung des Betreuungsgeldes aufzugeben und stattdessen die Bundesmittel in Höhe von bis zu 2 Milliarden Euro jährlich für den quantitativen und qualitativen Ausbau der Betreuungsinfrastruktur und der Qualifizierung der Erzieher und Erzieherinnen einzusetzen.**

### **Abstimmungsergebnis:**

24 Ja-, 14 Gegenstimmen



Da der Kreistag dem Antrag der SPD/Grüne-Gruppe damit mehrheitlich zugestimmt hatte, war eine weitere Beschlussfassung über den von KTA Ratzel eingebrachten Änderungsantrag nicht erforderlich.

**TOP 6.2.5 Richtlinie für die Überlassung von Sport- und Schulanlagen des Landkreises Friesland für außerschulische Veranstaltungen; hier: Einnahmen aus Erhebung der Nutzungspauschale (SchulA 28.11.)  
Vorlage: 0209/2012**

Gemäß Empfehlung des Kreisausschusses vom 10. Dezember 2012 – TOP 3.1.5 der Niederschrift – beschloss der Kreistag wie folgt:

**Beschluss:**

Der geänderten Richtlinie für die Überlassung von Sport- und Schulanlagen des Landkreises Friesland für außerschulische Veranstaltungen wird in der der Schulausschuss-Niederschrift vom 28.11.2012 beigefügten Fassung zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig bei 1 Enthaltung

**TOP 6.2.6 Überplanmäßige Aufwendungen im Haushaltsjahr 2012 im Budget des Fachbereichs Jugend, Familie, Schule und Kultur in Höhe von 513.300 Euro (WTKF 05.12.)  
Vorlage: 0214/2012**

Der Kreistag folgte der Empfehlung des Kreisausschusses vom 10. Dezember 2012 – TOP 3.1.6 der Niederschrift – und fasste folgenden ...

**Beschluss:**

Den im Fachbereich 22 bis Ende des Haushaltsjahres 2012 anfallenden überplanmäßigen Aufwendungen in einer Gesamthöhe von 513.300 Euro wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**TOP 6.2.7 Stellenplan 2013 (Vorlage sh. TOP 3.1.3/nichtöffentlich)**

Auf die Ausführungen zu TOP 3.2.3 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 10. Dezember 2012 wird verwiesen. Der Kreistag folgte dem Votum des KA und beschloss wie folgt:

### **Beschluss:**

Der Stellenplan des Landkreises Friesland für das Haushaltsjahr 2012 – mit gesonderter Ausweisung des in den Einrichtungen

- Volkshochschule und Musikschule Friesland – Wittmund
- Rettungsdienst Friesland
- Zweckverband Abfalldeponie Friesland/Wittmund
- Zweckverband Veterinärämter JadeWeser
- Zweckverband Leitstelle Friesland-Wilhelmshaven
- JadeBay GmbH

beschäftigten Personals des Landkreises wird in der dem WTKF-Protokoll vom 5. Dezember 2012 beigefügten Fassung beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitliche Zustimmung bei 1 Gegenstimme

## **TOP 6.2.8 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 (WTKF 05.12.)**

Auf die Ausführungen zu TOP 3.1.7 der KA-Niederschrift vom 10. Dezember 2012 wird verwiesen.

Kreistagsabgeordnete Schlieper nahm Stellung zum Haushaltsentwurf 2013: Seit 2003 verfolge man im Landkreis einen Kurs der Modernisierung. Infrastrukturell sei viel verändert und voran gebracht worden. In 2012 habe man zum fünften Mal in Folge einen ausgeglichenen Haushalt erzielt. Mit 158 Mio. Euro sei das Volumen ansehnlich. In der mittelfristigen Prognose bis 2016 seien die Haushalte ausgeglichen. Auf diese gemeinsam erreichte Stabilität könne man stolz sein.

Hinzu komme, dass man diesen Erfolg trotz Senkung der Kreisumlage auf 52 Prozentpunkte erzielt und das gegebene Versprechen eingelöst habe. Man wolle aber auch hier noch besser werden. - Der gesetzlich vorgesehene Überschuss des Ergebnishaushaltes bleibe stabil. Der Haushalt 2013 werde von vielen positiven Vorzeichen begleitet.

Auch zukünftig werde man die Schuldentilgung weiterführen – wohl wissend, dass dies ein langer Weg sei. Die Gruppe SPD/Grüne habe sich vorgenommen, unter Beibehaltung regelmäßiger Schuldentilgung weiter in die Zukunft des Landkreises zu investieren.

An Herrn Ratzel gewandt, stellte Frau Schlieper klar: Zu den Schulden des Kreises dürfe man die Schulden des Zweckverbandes Abfalldeponie nicht zu 100 % hinzu addieren, denn sie seien auf Wittmund und Friesland aufgeteilt. Die Eröffnungsbilanz des Abfallwirtschaftszentrums sei positiv. Den Verbindlichkeiten des Zweckverbandes stünden im übrigen Sachwerte gegenüber. Ferner gebe es für die Schulden des Zweckverbandes einen Entschuldungsplan, der die Halbierung der Schulden bis 2020 und eine vollständige Entschuldung bis 2032 vorsehe. Diese Fakten dürften bei Darstellung des Schuldenstandes nicht außen vor bleiben.

Angesichts der Tatsache, dass man nur begrenzt Rücklagen bilden könne, sei die Entwicklung des Abfallwirtschaftszentrums als vorbildlich zu bezeichnen. Man erhebe für die umfassenden Leistungen der Abfallentsorgung einen anständigen, angemessenen Preis von den Bürgerinnen und Bürgern.

Im Haushalt 2013 werde man erneut kräftig in die Schulen investieren: 4,53 Mio. Euro für Bauunterhaltung, 2,77 Mio. Euro für investive Schulbaumaßnahmen und 1,42 Mio. Euro für Inventar. In diesem Bereich sehe man absolute Priorität.

Gute Bildung setze früh an und sei die Basis für ein zufriedenes und selbstbestimmtes Leben. Deswegen gelte es fortlaufend in Bildung und Ausstattung zu investieren. Die Forderungen der Erzieherinnen und Erzieher nach frühestmöglicher Förderung der Kinder könne man nur unterstützen. Gerade an dieser Stelle müssten diese Fachkräfte auch über entsprechende Zeit verfügen, um mehr auf die einzelnen Kinder eingehen zu können. Daher sei es erforderlich, endlich die Drittkraft für die Krippengruppen einstellen zu können und die Gruppenstärken zu senken.

Mit dem Antrag zur Bildungsoffensive habe man für 2013 zusätzlich 500.000 Euro investiert; ein solcher Beitrag sei nicht alljährlich leistbar. Der Landkreis könne nicht dauerhaft Aufgaben des Landes übernehmen. Der Kreis springe ferner ein bei der Schulsozialarbeit und anderen Dingen, für die das Land zuständig sei. Dies müsse sich ändern.

Im Bereich „Bauen“ seien 80 % für Schulbaumaßnahmen vorgesehen. Darauf folgten Kreisstraßen und Kreisgebäude. Die Gruppe sei sich darin einig, dass es einen Sanierungsstau, wie man ihn zu bewältigen gehabt habe, in Zukunft nicht mehr geben dürfe.

Der Landkreis investiere in Barrierefreiheit in den Schulen. Für eine erfolgreiche Inklusion sei dies Grundvoraussetzung. Auch hier bestehe noch ein großer Bedarf. Land und Bund seien gefordert, etwas zu tun, denn es gehe nicht nur um die Ausstattung von Schulen, sondern auch um die Veränderung von Inhalten. Es gelte Curricula zu schaffen, die auf den jeweiligen Jugendlichen mit seiner Behinderung zugeschnitten seien.

Die Realität zeige, dass an den Schulen des Landkreises auch Sicherheitssysteme für potenzielle Amokläufe einzuführen seien. Diese Erkenntnis sei beschämend, man müsse sich aber den Tatsachen stellen.

Vor gut zwei Jahren sei in einer knappen Kreistagsentscheidung die Einführung des sog. Optionsmodells beschlossen worden; seit dem 1. Januar 2012 sei es angelaufen. Der Zuschussbedarf für den Fachbereich Jobcenter stehe an vierter Stelle der Mittelhöhe. Festzuhalten sei: Es hätte diesen Zuschussbedarf auf jeden Fall - unabhängig von der Organisationsform - gegeben.

Den Beschäftigten des Jobcenters Friesland habe man zu verstehen gegeben, dass in 2012 eine außerordentliche Leistung zur Umstellung auf das Optionsmodell von ihnen erbracht worden sei. Trotz Problemen z. B. im EDV-Bereich sei es ihnen gelungen, das Jobcenter in die Kreisverwaltung zu integrieren. In vielen freiwilligen Überstunden seien sie darum bemüht gewesen, dass jeder Kunde seine Leistungen rechtzeitig erhalte. Den Beschäftigten des Jobcenters spreche man auch an dieser Stelle nochmals ein herzliches Dankeschön für dieses Engagement aus.

Nach der 15 %igen Kürzung in 2011 habe es unverständlicherweise erneut eine Minderung der Bundesmittel für das Jobcenter um 17 % gegeben. Mit der Entwicklung der Konjunktur bzw. der Anzahl der Arbeitslosen sei diese Entscheidung nicht erklärbar. Diese Sparmaßnahme sei ein negatives Signal und gehe zu Lasten der Schwächeren.

Der Fachbereich Soziales stehe mit seinem Zuschussbedarf an nächster Stelle. Für die Gruppe SPD-Bündnis 90/Die Grünen hätten generell Fachbereiche, die sich mit einer gerechten Teilhabe an allen gesellschaftlichen Aktivitäten befassen, Priorität. Es entspreche den politischen Zielsetzungen, diese Aufgabenfelder mit ausreichenden finanziellen Mitteln auszustatten. Neben aller Modernisierung sei es wichtig, die Menschen im Auge zu behalten, um die es eigentlich gehe.

Für den Bereich Gesundheitsversorgung lasse sich feststellen, dass das Nordwest-Krankenhaus Sanderbusch ausgezeichnet aufgestellt sei. Aber auch hier sei zunehmender finanzieller Druck spürbar. Dem Bundesgesundheitsminister sollte daher anlässlich seines heutigen Besuchs in Wilhelmshaven verdeutlicht werden, dass es an der Zeit sei, endlich die Krankenhäuser ausreichend mit Mitteln auszustatten, um Personal- und Sachkosten refinanzieren zu können. Der Landesbasisfallwert als quasi „Behandlungspreis“ für die jeweilige Erkrankung sei für die Krankenhäuser nicht auskömmlich. Die Beschäftigten in den Krankenhäusern wollten sich nicht weiter vertrösten lassen. Die Situation in den Kliniken werde sich weiter zuspitzen, während die Krankenkassen über Milliarden-Rücklagen verfügten. Dieser Zustand sei ein Skandal.

Zur Kooperation Wilhelmshaven-Friesland:

Seit vielen Jahren lebe man bereits mit verschiedenen Formen und Inhalten einer regionalen Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen, so auch der Stadt Wilhelmshaven. Friesland sei häufig der Motor für entsprechende Verträge und Vereinbarungen gewesen; man habe sehr positive Erfahrungen gemacht und viel Geld gespart.

Eine intensive Zusammenarbeit in der Region – insbesondere auch mit Wilhelmshaven – könne vor diesem Hintergrund nur positiv sein. Über die Form dieser Zusammenarbeit werde man sich Gedanken machen, wenn das Gutachten, für das man heute die Haushaltsmittel beschließe, vorliege. Dann werde man inhaltlich diskutieren und einen Beschluss herbei führen, der für Friesland die geeignete Form der Zusammenarbeit zum Ziel habe und Vorteile bringe.

Der Landkreis Friesland sei gegenwärtig und für die Zukunft gut aufgestellt. Die Perspektive sei gut, gleichwohl drückten die alten Kredite. Es gelinge derzeit, knapp unter einen Schuldenstand von 60 Mio. Euro zu gelangen. Natürlich gebe dies zu Überlegungen Anlass, über eine rasche Entschuldung von ca. 9 – 13 Mio. Euro durch einen sog. „Zukunftsvertrag“ nachzudenken. Diese Vereinbarung sei eine Chance, die man nicht außer acht lassen dürfe. Eine Gebietsreform werde ohnehin – unabhängig von der jeweiligen Landesregierung - immer wahrscheinlicher. Es stelle sich die Frage, ob man zu diesem Schritt irgendwann gezwungen werde oder ob man ihn bereits im Vorfeld aus eigenem Antrieb vollziehe und eine Entschuldung „mitnehme“.

Nicht allein finanzielle Gründe seien Ausschlag gebend. Regionale Zusammenschlüsse und regionale Zusammenarbeit böten auf jeden Fall Chancen: Vieles könne man bündeln; Strukturen ließen sich vereinfachen. Dadurch ersparte Mittel könnten an anderer Stelle viel sinnvoller eingesetzt werden, wenn es z. B. um

Änderungen im Zuge des demografischen Wandels gehe. Mehr Schulentwicklung sei möglich, Kreis- und Stadtentwicklung könnten durch eine Regionalplanung zusammen gefasst werden. Abstimmungsverfahren im Rahmen der Planaufstellung ließen sich damit deutlich verkürzen. Alles werde man prüfen, wenn die Fakten aus dem Gutachten vorlägen. Für Friesland werde man dann die beste Lösung beschließen. In den wichtigen Dingen habe es im Kreistag Friesland nach allen bisherigen Erfahrungen stets eine große Einmütigkeit gegeben; darauf baue man auch in dieser Frage.

Die Gruppe SPD-Bündnis 90/Die Grünen danke der Kreisverwaltung für die gute und offene Zusammenarbeit, vor allem auch für die große Transparenz und ausgezeichnete Informationspolitik gegenüber den politischen Gremien. Auf dem gemeinsamen Weg wolle man weiter zusammen arbeiten.

Kreistagsabgeordneter Vehoff führte aus, der Kreishaushalt spiegele auch die gute Beschäftigungs- und Konjunkturlage wider. 1,73 Mio. Euro seien an Bundesmitteln für die Grundsicherung im Alter eingestellt. Ohne diese Gelder sähen die Zahlen vollkommen anders aus.

Dem Haushalt könne die CDU-Fraktion zustimmen, weil vielen der von ihr eingebrachten Punkte nachgekommen werde: Die Kreisumlage werde auf 52 Prozentpunkte gesenkt und mittelfristig bei einem ausgeglichenen Haushalt auch dabei verbleiben. Trotzdem verfüge der Kreishaushalt aktuell über 300.000 Euro mehr. Von diesen Geldern profitierten die Bürger in den Städten und Gemeinden z.B. über einen vorzeitigen Ausbau der Feuerwehrtechnischen Zentrale und die Bereitstellung von Verpflichtungsermächtigungen für einen Ausbau des Radwegs von Oldorf nach Middoge.

Die Schuldentilgung sei nicht so hoch wie geplant; hier gelte es den Realitäten Rechnung zu tragen. Die Personalausgaben stiegen um 2 Mio. Euro, ein Großteil basiere auf dem Tarifabschluss. Für die CDU-Fraktion sei zu diesem Posten die Schmerzgrenze erreicht.

Die Investitionen für den barrierefreien Zugang an Schulen unterstütze man ausdrücklich, zumal sie wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung der Inklusion seien.

Hinsichtlich der Kooperation von Stadt Wilhelmshaven und Landkreis Friesland gelte es auszuloten, was wirklich machbar sei. Ergebnisse dürften nicht vorweg genommen werden. Priorität habe für die CDU-Fraktion die enge Einbindung der Bürgerinnen und Bürger, denn gerade bei ihnen müsse Akzeptanz gefunden werden. Es sei zu prüfen, wo es durch Zusammenführungen von Aufgaben zu Ersparnissen kommen könne. Für die Bürger müsse dabei erkennbar werden, dass sie von Neuerungen profitierten. Auf keinen Fall wolle man eine Zwangsfusion; eine parteiübergreifende Resolution zu gegebener Zeit mit entsprechender Aussage mache Sinn.

Der Verwaltung danke Herr Vehoff für die Offenheit, Transparenz und Zuarbeit.

Kreistagsabgeordneter Just signalisierte, er werde dem Haushalt 2013 nicht zustimmen. Wesentlicher Grund dafür sei die vollkommen unzureichende Schuldentilgung. Der Haushalt sei zum fünften Mal in Folge ausgeglichen und spiegele die gute Konjunkturlage und eine besondere Einnahmesituation wider. Nicht unerwähnt bleiben dürfe, dass der Landkreis im Vergleich zu den Kommunen

bedeutend besser gestellt sei. Der Haushaltsausgleich sei vor allem der EWE-“Dividende“ von rd. 5,8 Mio. Euro zu verdanken. Einnahmen dieser Größenordnung hätten die Kommunen und auch andere Kreise überwiegend nicht. Mit 6 Mio. von der EWE und 2 Mio. Euro Bundesmitteln lasse sich ein ausgeglichener Haushalt leicht erzielen. Einwohnermäßig auf die Kommunen umgelegt hätten die Städte und Gemeinden ggf. auch ausgeglichene Haushalte.

Trotz dieser überreichlichen Einnahmen werde nichts für die Schuldentilgung getan. Das habe Tradition und mit der Modernisierung durch Landrat Ambrosy zu tun, denn in den Jahren vor seiner ersten Amtszeit sei etwa der doppelte Betrag jährlich an Schulden getilgt worden. In den vergangenen 10 Jahren erreiche man einen Schnitt von ca. 760.000 Euro Schuldentilgung. Ausgehend von ursprünglich 75 Mio. Euro Schulden handele es sich um 1 %, so dass eine Schuldentilgung in 100 Jahren erfolge. Schuldentilgung müsse mit Blick auf nachfolgende Generationen betrieben werden. Im Grunde müsste der Landkreis jährlich 3 Mio. Euro Schulden abbauen; lediglich ein Viertel des Betrages reiche nicht aus.

Namens der M.M.W./Die Linke-Gruppe erklärte KTA Chmielewski, man vermisse wichtige Positionen im Haushalt. Der Landkreis müsse in der Zukunft viele Kosten schultern; dies müsse im Haushalt auch für die Zukunft sichtbar werden. Dabei gehe es aus Varel's Sicht der MMW um die Bahnunterführung in Dangastermoor, die man für unabdingbar halte. Im Kreistag bestehe Konsens, dass diese Maßnahme verwirklicht werde, aber monetär werde nur die Planung aufgenommen. Die wirklichen Kosten kämen in Millionenhöhe auf den Landkreis zu. Die Gruppe hoffe darauf, dass diese Belastung in der langfristigen Finanzplanung sichtbar gemacht werde.

Linke und MMW hätten den Erhalt der Kfz.-Halle an der BBS Varel begrüßt. Gerne hätte man gesehen, wenn der Betrag für die Instandhaltung dieser Halle im Haushalt abgebildet wäre. Man bedauere die eingetretene Entwicklung sehr.

Der Verwaltung und allen Fraktionen danke die Gruppe für das Zustandekommen und die Diskussionsbereitschaft zum Haushalt 2013. Im Vorfeld habe man moniert, dass die Einnahmen aus der stationären Verkehrsüberwachung von 2013 bis 2016 mit gleich hohen Beträgen veranschlagt worden seien. Die Verwaltung habe diese Daten korrigiert. Die geschätzten Beträge erschienen trotzdem recht hoch.

Erfreulich sei die Veranschlagung von 130.000 Euro für ein Gutachten zur Oberflächenentwässerung. Grundwasserentnahme und Oberflächenentwässerung seien künftig große Handlungsfelder. Es gebe im Kreisgebiet zunehmend große Industriebetriebe, die einen hohen Wasserverbrauch mit sich brächten. Ein Gutachten sei eine wertvolle Hilfe in dem Anliegen, den Verlauf der Abnahmegrößen darzustellen und für die Zukunft ein Wassermanagement aufzustellen. Dem Kreistag fehlten bislang allerdings entsprechende Steuermechanismen. Das Verfahren für P & K in Varel habe der Kreistag nicht an sich gezogen. Er bedauere dies sehr, so KTA Chmielewski, denn letztendlich sei man den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber verantwortlich; sie trügen die Kosten, wenn immer mehr Wasser entnommen werde. Bei hohem Verbrauch erhöhe sich die Fließgeschwindigkeit des Grundwassers; dies wiederum führe zu einer Versandung der Filteranlagen. Für die Entnahme von Trinkwasser entstünden dadurch höhere Kosten, die den Bürgern zufielen.

Seine Bitte an die großen Fraktionen laute daher, auf die in Land und Bund vertretenen Parteien einzuwirken, dass die Grundwasserentnahme durch Industriebetriebe lenkbar werde. Eine Gebühr auf kommunaler Ebene wäre

angebracht. Es gehe darum, Wasser mehr als bisher als kostbares Gut wahrzunehmen. Wichtige Aspekte im Rahmen des Wassermanagements in der Region seien z. B. Versalzungsgrenzen, die Nichtverfügbarkeit eigener Trinkwasserreservoirs in der Wesermarsch usw.

Für ein Gutachten zum sog. Zukunftsvertrag seien Mittel eingestellt worden. Ziel sei eine Aussage darüber, ob und ggf. in welcher Form eine zukünftig intensiviertere Kooperation Wilhelmshaven-Friesland möglich sei. Das Land habe den Anreiz zu dieser Gutachtenvergabe gegeben, weil im Falle einer Einkreisung von Wilhelmshaven eine teilweise Entschuldung für Landkreis und Stadt möglich sei. Andererseits bedeute dieser Anreiz auch eine gewisse Bedrohung, sonst zwangsweise eine Fusion eingehen zu müssen. Man erhoffe sich verlässliche Daten, welches Szenario bei verschiedenen Fallkonstellationen zu erwarten sei. Im Grunde sollten aber nach Meinung der Gruppe die Gutachtenkosten durch das Land getragen werden.

Sehr zufrieden, so KTA Chmielewski, sei man mit der Senkung der Kreisumlage um 1 Punkt. - MMW stimme dem Haushalt zu, Die Linke werde sich der Stimme enthalten, weil es ihrerseits noch Bedenken gebe.

KTA Ratzel erklärte, die von Frau Schlieper angesprochene Problematik der Krankenhausfinanzierung werde in der heutigen Podiumsdiskussion mit dem Bundesgesundheitsminister mit Sicherheit von Herrn Geschäftsführer Germeroth, Nordwest-Krankenhaus Sanderbusch, thematisiert.

Im Übrigen gelte es richtig zu stellen, dass er nie davon gesprochen habe, die Schulden der Zweckverbände zu denen des Landkreises hinzu zu addieren. Aussage sei gewesen, zu den langfristigen Schulden des Landkreises seien auch die kurzfristigen hinzuzuzählen. Somit gehe es nicht um 60 Mio., sondern um 72 Mio. und mehr Euro an Schulden.

Hinzu komme, dass der Landkreis für die Verbindlichkeiten seiner Zweckverbände – als Beispiel habe er das Abfallwirtschaftszentrum Wiefels genannt - ggf. haften müsse. Dabei sei klar, dass der Haftungsanteil zwischen den Landkreisen Friesland und Wittmund im Verhältnis 60 : 40 stehe.

Zu den Abfallgebühren sei daran zu erinnern, dass man sie in den vergangenen zwei Jahren um 30 % erhöht habe. Eine Rückgabe von 1,08 % sei vor diesem Hintergrund kein heraus zu hebendes Entgegenkommen.

Mit der FDP werde es auf Landesebene keine zwangsweise Gebietsreform geben; hierzu habe man sich klar positioniert. Es gebe Chancen für eine verstärkte Kooperation mit Wilhelmshaven wie z. B. eine gemeinsame Raumordnungsplanung. Es sei richtig, das Gutachten in Auftrag zu geben, um eine Standortbestimmung vorzunehmen und auszuloten, was machbar und sinnvoll sei. - Alles weitere bleibe zu entscheiden, wenn das Gutachten vorliege.

Die FDP-SWG-UWG-BBV/-Gruppe danke der Verwaltung, insbesondere der Kämmerei, für die sorgfältige Erarbeitung des Haushalts.

Die Kreisumlage werde von 53 auf 52 Prozentpunkte gesenkt. Als Einnahmebedarf sei bisher aber immer von einer Kreisumlage-Summe von 36 Mio. Euro die Rede gewesen. Inzwischen gehe es um mehr als 38 Mio. Euro. Trotz Senkung der Kreisumlage um 1 Punkt nehme man den Kommunen immer noch 480.000 Euro mehr ab als im vergangenen Jahr; mit der schlechten finanziellen Situation in den

meisten Gemeinden im Kreis sei diese Mehrzahlung nicht vereinbar. Die Kommunen benötigten dieses Geld dringend selbst.

Der Landkreis erhalte 5,6 Mio. Euro von der EWE. Forderung der FDP sei immer gewesen, den über die Dividende hinaus erhaltenen Beträge jeweils für den Schuldenabbau zu nutzen. Etwa die Hälfte der Auszahlung erhalte der Landkreis zusätzlich. Bei Einsatz dieser Mittel für den Schuldenabbau wäre der Landkreis in 30 Jahren schuldenfrei.

Erstaunlich sei, wie schnell man im Haushalt 450.000 Euro frei gesetzt habe, um Mehraufwendungen für die zu erwartenden Asylbewerber decken zu können. Auch zugunsten anderer Positionen müssten ähnliche Umschichtungen möglich sein. Der Landkreis gebe 17 Mio. Euro für die Schulen aus, 16 Mio. Euro investiere man in Baumaßnahmen. Bei Verschiebung von nur 5 % dieser insgesamt 33 Mio. Euro hätte man 1,65 Mio. Euro einsparen können. - Der Haushalt 2013 sei kein großer Wurf und kein Grund zur Zufriedenheit. Die FDP-SWG-UWG-BBV/F-Gruppe könne ihm aus den geschilderten Gründen nicht zustimmen.

Kreistagsabgeordneter Böcker führte aus, eine Kreisumlage von 53 Prozentpunkten habe in diesem Jahr 38.450.000 Euro entsprochen; in 2013 bedeuteten 52 Prozent 38.890.000 Euro an Einnahmen. Diese fast halbe Million Euro seien von den Gemeinden zu schultern. Die Stadt Varel z. B. schließe für 2012 mit einer Unterdeckung von 5 Mio. Euro ab. 10,4 Mio. Euro zahle man 2012 in die Kreisumlage, 2013 einen ähnlich hohen Betrag. Der Kreishaushalt habe somit nicht nur positive Folgen.

Sorge bereiteten die Personalausgaben des Kreises: 2011: 20.180.000 Euro, 2012: 23.500.000, 2013: 26.000.000 Euro. Fraglich sei, ob sich diese steigende Tendenz fortsetze.

Ohne die von Herrn Just aufgezeigten Einnahmen aus der EWE läge die Kreisumlage deutlich höher. - 70.000 Euro für die Schuldentilgung sei ein deutlich zu geringer Betrag; hier gelte es deutlich besser zu werden.

KTA Burgenger erklärte, der Haushalt setze richtigerweise Schwerpunkte in den Bereichen Schulen und Soziales und setze auf Nachhaltigkeit. Der Haushaltsausgleich dürfe nicht schlechtgeredet werden, denn nicht jeder Landkreis im Lande sei dazu überhaupt in der Lage.

Man bemühe sich um den Ausbau und die Verbesserung der Krippenplatzsituation, ferner investiere man insgesamt 8,6 Mio. Euro in die Schulen.

Herr Just habe darauf abgehoben, vor der Amtszeit des Landrates – somit vor 2003 – habe man Schulden in größerem Maße getilgt. In diesem Zusammenhang gelte es aber auf die Folgen des damaligen Handelns hinzuweisen. Denn vor einigen Jahren habe man feststellen müssen, dass die Schulbauten zu einem Gutteil „Ruinen“ seien. Danach habe man den Schuldenabbau zwar gemindert, aber gleichwohl mit insges. 80 Mio. Euro an Investitionen alle Schulen des Landkreises baulich auf Vordermann gebracht. Die Substanz der Schulgebäude sei in den 1990er-Jahren quasi kaputt gespart worden, weil Sparen bzw. Schuldenabbau das Hauptanliegen gewesen sei.

Der Thematik „Zukunftsvertrag“ gelte es sich in Ruhe und Ausführlichkeit zu widmen. Innerhalb der Parteien und parteiübergreifend sollte debattiert werden, welche



Vorteile oder Gefahren und Nachteile eine verstärkte Kooperation bzw. Fusion mit sich bringen könne. Die Information zu diesem Thema sei in Friesland bereits seit Anfang 2012 stetig erfolgt. Nun gelte es offen zu diskutieren, welche Chancen sich beispielsweise für eine gemeinsame Raumordnung, die Verkehrsinfrastruktur usw. ergäben. Die Bürgerinnen und Bürger hätten unabhängig von Grenzverläufen ein Interesse an einem sachgerechten regionalen Zusammenwachsen. Insofern sei das KGSt-Gutachten abzuwarten und eine Diskussion über Chancen auf Entwicklung und mögliche Entschuldung eines Großteils der Kassenkredite zu führen. In 2013 werde man sich intensiv mit Fragen und Ergebnissen befassen.

Unverständlich sei der Hinweis von Herrn Just, die Kommunen seien an der EWE-Ausschüttung zu beteiligen. Vor ca. 8 – 10 Jahren sei die Konzessionsabgabe vom Landkreis auf die Kommunen verlagert worden; aus diesem Beschluss seien also bereits Gelder geflossen. Dieser Fakt dürfe in der Gesamtbetrachtung nicht vergessen werden.

Auch die Anmerkung, der Landkreis nehme den Gemeinden Geld weg, könne so nicht stehen bleiben. Wenn sich die Kreisumlage in der Summe erhöhe, so sei Ursache, dass die Städte und Gemeinden vorher höhere Einnahmen erzielt hätten.

Zu den Personalausgaben sei festzustellen, dass gut ausgebildeten Kräften eine entsprechende Vergütung zu zahlen sei. Der Landkreis stehe mit 17 % Personalkostenanteil vergleichsweise gut da.

Die Kommunen seien aufgefordert, sich am Landkreis ein Beispiel hinsichtlich interkommunaler Projekte und Zusammenarbeit zu nehmen. Hier gebe es Spielraum, durch kommunale Kooperation Aufgaben sinnvoll gemeinsam wahrzunehmen.

Zum Landesbasisfallwert an den Krankenhäusern gelte es dem Bundesgesundheitsminister zu verdeutlichen, dass für Niedersachsen im Bundesvergleich der zweitniedrigste Wert gelte. Niedersächsische Krankenhäuser erhielten im Vergleich also am zweitwenigsten Geld für erbrachte Leistungen. Es verwundere daher nicht, dass es den Krankenhäusern nicht gut gehe.

Das Nordwest-Krankenhaus Sanderbusch sei bislang gut aufgestellt gewesen, aber auch hier zeichne sich erstmals eine Unterdeckung ab. Andere Krankenhäuser hätten eine wesentlich angespanntere Situation zu verzeichnen. Der Landesbasisfallwert Niedersachsen müsse deutlich angehoben werden.

Der Kreistag zeichne sich durch die Bereitschaft aus, auch unbequeme Entscheidungen wie zur Ausbildung des Kfz.-Handwerks am Standort BBS Varel sowie zur Beschulung im Bereich Elektro am bisherigen Standort Jever zu treffen. Man habe diese Maßnahmen als notwendige Entscheidungen erkannt. - Auch zukünftig müsse man sich der Tatsache stellen, dass es angesichts des demografischen Wandels weitere unbequeme Entscheidungen zu treffen gebe.

Ein Dank gelte der Verwaltung dafür, dass es gelungen sei, für die Kavernenanlage in Etzel ein Raumordnungsverfahren in die Wege zu leiten; dies sei Garant für einen vernünftigen Abwägungsprozess.

Als nächstes Thema drohe das sog. „Fracking“ im Rahmen der Erdgasförderung. Eine Mischung aus Wasser, Sand und giftigsten Chemikalien werde bei diesem Verfahren in die Erde gepumpt, damit das Gas anschließend gefördert werden

könne. Von Fracking gehe eine erhebliche Gefährdung des Grundwassers aus. In Schleswig-Holstein sei diese Diskussion bereits vor Jahren geführt worden; dort seien mittlerweile alle Parteien entschieden gegen Fracking. Erfreulich wäre es, wenn sich auch in Friesland alle gemeinsam gegen diese Form der Grundwasser gefährdenden Erdgasförderung aussprächen.

Die Grünen, so Herr Burgenger, stimmten dem Haushalt 2013 zu.

KTA Neugebauer signalisierte ebenfalls Zustimmung für den Haushalt. - Der Vergabe für das KGSt-Gutachten „Kooperation WHV/FRI“ habe man zugestimmt. Wichtig sei, dass eine Diskussion bereits vorab geführt werde, um Vorschläge einzubringen, wie eine inhaltliche Zusammenarbeit mit Wilhelmshaven aussehen könnte.

Herr Just erwiderte Herrn Burgenger, er habe in den vergangenen Jahren immer wieder Änderungsanträge zum Haushalt gestellt, in denen es z. B. um die Höhe der Kreisumlage oder den Verkauf der EWE-Anteile, der Anteile an der Wohnungsbaugesellschaft Friesland usw. gegangen sei. Ziel aller Anträge sei es, innerhalb von 20 – 30 Jahren zu einem Abbau der Schulden zu gelangen. Nie habe der Kreistag diesen Vorschlägen seine Zustimmung erteilt. Im Grunde müssten jährlich 3 Mio. Euro an Schulden getilgt werden. Vor der Amtszeit des Landrates sei der Tilgungsbetrag zumindest zur Hälfte erbracht worden, dann seien die Beträge auf ein Viertel geschrumpft. Implizit sei damit ein entsprechender Antrag verbunden, die jährliche Tilgungsrate höher zu setzen.

Der Zweckverband Abfallwirtschaftszentrum Wiefels verfüge im Gegensatz zum Landkreis über einen Schuldentilgungsplan.

Kreistagsabgeordneter Just stellte sodann folgende Anträge zur Umsetzung für kommende Haushalte:

1. Der Landkreis Friesland erstellt einen Schuldentilgungsplan.
2. Es wird eine Schuldentilgung innerhalb einer Generation (20 – 25 Jahre) angestrebt, d. h. eine Tilgung von jährlich rd. 3 Mio. Euro. Mindestens die Hälfte der EWE-Überschussbeteiligung wird jährlich für Tilgungszwecke eingesetzt.

Der Kreistag sprach sich auf Vorschlag des Kreistagsvorsitzenden Pauluscke einstimmig dafür aus, nach Stellungnahme durch Landrat Ambrosy die Rednerliste zu schließen.

Landrat Ambrosy führte aus, seit Beginn seiner Amtszeit habe er Schuldentilgungen in Höhe von 8,8 Mio. Euro vorgeschlagen = 13 % Tilgung der langfristigen Kredite. Die Liquiditätskredite seien bei Abzug der Forderungen gegen den Bund von 16 auf 11 Mio. Euro gesunken.

Der Schuldenstand stehe nach Planzahlen zurzeit bei unter 59 Mio. Euro. Im Rahmen des Jahresabschlusses seien signifikant andere Zahlen zu erwarten. Mit dem Haushalt könne man im Vergleich zur Situation anderer Gemeinwesen sehr zufrieden sein, denn parallel habe man einen erheblichen Modernisierungskurs mit allen Gebäuden gefahren. Eine höhere Schuldentilgung sei möglich, wenn Maßnahmen an den Schulen nicht oder später verwirklicht würden. Um beiden Interessen gerecht zu werden, wähle man den Mittelweg.

Von 1996 bis 2003 seien zwei große Darlehen normal getilgt worden. Der Tilgungsbetrag steige, die Zinsen verringerten sich. In den nächsten Jahren seien wieder Kredite voll getilgt, so dass hier eine positive Entwicklung zu erwarten sei. Im Finanzausschuss habe man des öfteren einen Schuldentilgungsplan angesprochen; die Verwaltung sei bereit dazu, dafür bedürfe es keines besonderen Beschlusses. Momentan würden viele Kredite auch erheblich prolongiert zu günstigen Konditionen. Allein in den vergangenen Monaten habe die Verwaltung erhebliche Kredite umgeschuldet auf Zinsniveaus zwischen 1 und 2 Prozent (vorher: 4 – 6 %). Das ersparte Geld fließe ebenfalls in die Tilgung.

Die Verwaltung lege dem Kreistag im kommenden Jahr die Jahresabschlüsse ab 2009 und die Konzernbilanz vor. Dann werde auch deutlich, dass das geschaffene Vermögen z. B. aus modernisierten Schulbauten in der Bilanz als Wert erscheine.

Der Landkreis helfe den Gemeinden nach Kräften bei ihrer Entschuldung, wie z. B. der Gemeinde Wangerland. Hier gehe es nicht nur um Geld, sondern auch um fachliche Begleitung.

Wangerooge habe ein erhebliches Entschuldungsprogramm aufgestellt. Es bleibe zu hoffen, dass das Land die gemeinsamen Gespräche positiv zum Abschluss bringe.

Der Landkreis Friesland habe sich soweit saniert, dass man im Grunde keine Entschuldungshilfe des Landes erhalte. Diese Option gebe es nur im Verbund mit der Stadt Wilhelmshaven. Entscheidende Chance dabei sei, zu einem bestimmten Stichtag ca. 11 – 12 Mio. Schulden abgeben zu können. Einen anderen Vorschlag, signifikant bei gleichbleibender Modernisierung die Schulden abzubauen, gebe es nicht. Der Landkreis habe es bisher geschafft, beides zu tun: In Modernisierung zu investieren und gleichzeitig die Schulden zu senken.

Es gebe die Möglichkeit, sich finanziell zu verbessern – egal in welcher Rechtsform. Wenn das Ergebnis der Untersuchung eine kommunalverfassungsrechtliche Umstrukturierung sei und diese für alle mehr Vorteile und hinnehmbare Nachteile bringe, dann sollte man diese Lösung in Betracht ziehen.

Aufgabe sei es, mehr als bisher zusammenzuarbeiten. Kompensationsflächen beispielsweise würden – egal wo welches Projekt verwirklicht werde – immer im Landkreis Friesland angeboten. Bei der Bahnpolitik seien in der Hauptsache Friesländer und Ammerländer Bürger betroffen. Auf jeden Fall also müsse man in der Region mehr mit einander reden.

Auch das Thema Schulentwicklungsplanung sei nicht mehr allein auf Friesland bezogen; der Besuch von Berufsschulen usw. sei kreisübergreifend.

Unabhängig vom Ausgang des Gutachtens und der Beratungen: Es sei klar, dass sich der jetzige Zustand auf jeden Fall ändern werde, denn das Gutachten werde aussagen, dass die Zusammenarbeit verstärkt werden müsse.

An Herrn Böcker gewandt erklärte der Landrat, bei Betrachtung der einzelnen Kreisumlage-Zahlungen der Gemeinden gelte es auch die in die Kommunen geflossenen Kreismittel gegenüber zu stellen: die Liste liege allen Kreistagsmitgliedern vor. Das Aufrechnen von Kreisumlage gegen Kreisleistungen sollte unterbleiben, denn alles, was der Kreis veranlasse, komme auch den Bürgerinnen und Bürgern in den Städten und Gemeinden zugute.

Das Verlangen nach einer weiteren Senkung der Kreisumlage sei verständlich, aber nicht umsetzbar, wenn man gleichzeitig Schulden tilgen und in Schulen investieren wolle. Daher schlage die Verwaltung einen Mittelweg vor.

Namens der Kreisverwaltung bedankte Landrat Ambrosy sich für die gute Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des Kreistages.

Kreistagsabgeordneter Just zog seinen Antrag zurück und schlug statt dessen vor, Schuldentilgungsplan und Verwendung der EWE-Ausschüttung zunächst im Wirtschaftsausschuss zu erörtern und darüber im März-Kreistag befinden zu lassen. Dieses Vorgehen fand Zustimmung.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke ließ sodann auf Basis des KA-Votums vom 10.12.2012 (dort TOP 3.1.7) sowie der in der Kreistagssitzung verteilten aktuellen Unterlagen (sog. „Beipackzettel“, Übersichten Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt sowie Verpflichtungsermächtigungen) abstimmen:

### **Beschluss:**

Dem Haushaltsplan 2013 sowie der nachfolgenden Haushaltssatzung 2013 wird zugestimmt:

## **„Haushaltssatzung des Landkreises Friesland für das Haushaltsjahr 2013**

Auf Grund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes hat der Kreistag des Landkreises Friesland in der Sitzung am 17. Dezember 2012 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

### § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 wird

1. im **Ergebnishaushalt**  
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag
  - 1.1 der ordentlichen Erträge auf **158.028.276 Euro**
  - 1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf **158.028.276 Euro**
  - 1.3 der außerordentlichen Erträge auf **0 Euro**
  - 1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf **0 Euro**
  
2. im **Finanzhaushalt**  
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag
  - 2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit **150.595.618 Euro**
  - 2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit **146.428.957 Euro**
  
  - 2.3 der Einzahlungen für Investitionstätigkeit **2.047.300 Euro**
  - 2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit **10.110.800 Euro**
  
  - 2.5 der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit **3.376.839 Euro**
  - 2.6 der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit **3.480.000 Euro**

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag

- der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	156.019.757 Euro
- der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	160.019.757 Euro

## § 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf **3.376.839 Euro** festgesetzt.

## § 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf **760.000 Euro** festgesetzt.

## § 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2013 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **20.000.000 Euro** festgesetzt.

## § 5

Der Umlagesatz der Kreisumlage wird auf **52 %** der Steuerkraftmesszahlen und der Gemeindeschlüsselzuweisungen festgesetzt.

Jever, den 17.12.2012

## LANDKREIS FRIESLAND

(Ambrosy)  
Landrat“

### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitliche (32 Ja) Zustimmung bei 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung

Auf die beigefügten bzw. im Kreistagsinformationssystem abrufbaren Unterlagen (Aufstellung Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt, Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen „Beipackzettel“ - Stand 17.12.2012) wird verwiesen.

**TOP 6.2.9 Überörtliche Prüfung - Schwerpunkt Schülerbeförderung -;  
Bekanntgabe und Auslegung gem. § 5 Abs. 1 und 2 Nds.  
Kommunalprüfungsgesetz  
Vorlage: 0220/2012**

Gemäß Empfehlung des Kreisausschusses vom 10. Dezember 2012 – TOP 3.1.8 der Niederschrift – fasste auch der Kreistag folgenden ...

**Beschluss:**

Das Prüfungsergebnis wird zur Kenntnis genommen. Der öffentlichen Auslegung der Prüfungsmitteilung gemäß § 5 Abs. 2 Nds. Kommunalprüfungsgesetz wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**TOP 6.2.10 Vertretung des Landkreises Friesland in Ausschüssen außerhalb  
des Kreistages und in sonstigen Organisationen, denen der  
Landkreis angehört; Aktualisierung der Liste  
Vorlage: 0204/2012**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.9 der KA-Niederschrift vom 10. Dezember 2012 zur Kenntnis und beschloss wie folgt:

**Beschluss:**

Die aktualisierte Besetzungsliste für die Entsendung in örtliche und überörtliche Gremien außerhalb des Kreistages wird zur Kenntnis genommen. Der Neubenennung unter lfd. Nr. 20 – Stiftungsrat Friesland der regionalen LzO-Stiftung; Mitglieder: stv. Landrat Pauluschke sowie KTA Frank Vehoff – wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**TOP 6.2.11 Bildung einer Einigungsstelle - Sachstand und weiteres Vorgehen  
Vorlage: 0218/2012**

Der Kreistag folgte der Empfehlung des Kreisausschusses vom 10. Dezember 2012 – TOP 3.1.10 der Niederschrift – und fasste folgenden

**Beschluss:**

Beim Niedersächsischen Obergericht wird die Bestellung eines/einer neutralen Vorsitzenden beantragt.

Erste Kreisrätin Silke Vogelbusch wird zur Geschäftsführerin der Einigungsstelle bestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig bei 1 Enthaltung

**TOP 6.2.12 Pakt zur Entwicklung eines abgestimmten beruflichen Bildungsangebotes der berufsbildenden Schulen in der Region (Pakt für berufliche Bildung)  
Vorlage: 0222/2012**

In Übereinstimmung mit der Kreisausschuss-Empfehlung vom 10. Dezember 2012 – TOP 3.1.11 der Niederschrift – beschloss der Kreistag wie folgt:

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, den der KA-Niederschrift beigefügten Pakt für berufliche Bildung zu unterzeichnen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**TOP 7 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses**

Über wichtige Beschlüsse war nicht zu berichten.

**TOP 8 Anfragen zu den öffentlichen Punkten der Kreistagsausschüsse**

TOP 8.1 Sitzung des Ausschusses für Bauen, Feuerschutz und Mobilität vom 15. Oktober 2012

TOP 8.2 Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 22. November 2012

TOP 8.3 Sitzung des Ausschusses Jobcenter Friesland vom 27. November 2012

TOP 8.4 Sitzung des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur vom 28. November 2012

TOP 8.5 Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen vom 5. Dezember 2012

Es wurden keine Anfragen gestellt.

**TOP 9 Mitteilungen des Landrates**

**TOP 9.1 Regionales Teilbudget für die Wirtschaftsförderung**

Landrat Ambrosy führte aus, im Rahmen des regionalen Teilbudgets in der Wirtschaftsförderung erfolge regulär eine Bezuschussung von Projekten zu 50 % aus EU-Mitteln sowie zu jeweils 25 % aus Landkreis- und Gemeindemitteln. Anfang

2012 habe man sich auf eine finanzielle Entlastung der Kommunen dahingehend verständigt, ihren Anteil für dieses Jahr von 25 % auf 12,5 % zu senken und aus Kreismitteln zu finanzieren. Damit trage man der in einigen Städten und Gemeinden herrschenden angespannten Haushaltssituation Rechnung. Die Kreisverwaltung habe noch nie so viele Anträge wie in diesem Jahr erhalten; zurzeit lägen 50 vor. Man begrüße diese Entwicklung sehr, stünden dahinter doch neu geschaffene Arbeitsplätze.

Für die Städte und Gemeinden entstehe aus dieser Übernahme von 12,5 % durch den Kreis eine Ersparnis von 140.000,-- Euro.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

### **TOP 9.2 Aufhebung des Bahnüberganges im Zuge der K 110 Zum Jadebusen**

Das Thema sei im Rahmen der Haushaltsberatungen angesprochen worden, so der Landrat. Der Landkreis beabsichtige, im kommenden Jahr eine Finanzvereinbarung mit Bund und Bahn abzuschließen. Aktuell habe die Kreisverwaltung die Bahn und die übrigen beteiligten Institutionen zu diesem Thema angeschrieben, um zügig in die Planungen einsteigen zu können.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

### **TOP 9.3 Bahnausbaustrecke südliches Friesland**

Zur Beschleunigung der Bahnausbaustrecke südliches Friesland habe die Kreisverwaltung eine Baustraße vorgeschlagen, so der Landrat. Das Eisenbahnbundesamt habe grundsätzlich Zustimmung zu diesem Vorgehen signalisiert. Die Verwaltung werde die weiteren Gespräche mit der Bahn forcieren. Man sehe darin eine große Chance, auch wenn damit letztlich Kosten verbunden seien. Eine Baustraße könne helfen, die Bauzeiten deutlich zu verkürzen.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

## **TOP 10 Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten**

### **TOP 10.1 Antrag des Kreistagsabgeordneten Janto Just vom 2. Dezember 2012 auf Verabschiedung einer Resolution zur EWE-Strompreiserhöhung**

Kreistagsvorsitzender Pauluschke schlug vor, den Antrag im Zusammenhang mit der gesamten EWE-Problematik im Rahmen der nächsten Wirtschaftsausschusssitzung zu behandeln.



Kreistagsabgeordneter Just zeigte sich damit einverstanden. Er erläuterte seinen Antrag, der wie folgt laute:

*"Der Kreistag protestiert gegen die Strompreiserhöhung der EWE um 14,7%, weil offenbar nur Steuer- und Abgabenerhöhungen an die Kunden weiter gegeben werden, nicht jedoch gesunkene Stromeinkaufspreise."*

Strompreise würden überall erhöht wg. der gestiegenen EEG- und sonstigen Umlagen. Es gebe aber kein Unternehmen, das diese Umlagen in vollem Umfang an seine Kunden weiter gebe. Man begründe dies damit, dass die Stromeinkaufspreise an der Börse gesunken seien. Die Unternehmen gäben diese Kostensenkung an die Kunden weiter. Nur die EWE folge diesem Beispiel nicht – trotz ihres Auftrages, die Region mit preiswerter Energie zu versorgen. Diesem Auftrag und dem Zweck der kommunalen Beteiligung komme das Unternehmen damit nicht nach. Dieses Vorgehen sollte moniert werden.

Im Wirtschaftsausschuss könne man die Thematik weiter besprechen. Die EWE sollte auch befragt werden, wie sie ihr Verhalten begründe und welche Perspektive sich abzeichne. Seit 2007 gehe es mit den Strompreisen der EWE immer weiter abwärts. Seinerzeit auf Platz 282 von 288 verfügbaren Tarifen befinde sie sich aktuell auf Platz 276 von 291 Tarifen. 95 % aller in der Region angebotenen Tarife seien günstiger als der Tarif „Komfort“, den 70 % der EWE-Kunden nutzten. Dieser Tendenz dürfe man nicht weiter zusehen, wenn man als Landkreis einer der Hauptbeteiligten am Unternehmen sei und den Auftrag habe, etwas für die Bürger zu tun.

Sollte der Kreistag heute nicht entscheiden, so bitte er, so Herr Just, um Behandlung der Thematik im Wirtschaftsausschuss.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke stellte fest, der Kreistag lehne keinen Antrag ab, den er nicht vorher in den Ausschüssen und/oder im Kreisausschuss behandelt habe. Anträge würden nach der Geschäftsordnung nach Beratung in den Ausschüssen dem Kreistag erneut vorgelegt.

Landrat Ambrosy verwies darauf, dem Kreisausschuss-Protokoll vom 10. Dezember 2012 sei eine Anlage zur EWE-Preisgestaltung beigelegt gewesen. Ggf. sollte auch ein EWE-Vertreter zur Sitzung eingeladen werden; die Verwaltung könne nicht entscheiden, inwieweit man die Kostenkalkulation öffentlich diskutieren wolle. In der Tat rechne die EWE bei ihrer Kalkulation auch gesunkene Bezugspreise gegen. Da es um längerfristige Verträge gehe, seien die eingepreisten Beträge im Vergleich von 2012 zu 2011 nicht sehr hoch. In 2013/2014 würden sich die Beträge ändern. Die EWE werde nach eigenen Aussagen auch zukünftig diese Posten gegenrechnen. Über weitere Details sollte im nächsten WTKF diskutiert werden.

Der Kreistag kam überein, entsprechend zu verfahren.

## **TOP 11    Anfragen nach § 11 der Geschäftsordnung**

Keine.

## **TOP 12 Anregungen und Beschwerden**

Kreistagsvorsitzender Pauluschke gab eine Erklärung zu den in den vergangenen Tagen öffentlich bekannt gewordenen Informationen zum Thema „Gutachtenvergabe betr. Kooperation Wilhelmshaven-Friesland“ ab. Ihm sei wichtig, namens des Kreistages klarzustellen, dass Landrat Ambrosy es zu keiner Zeit an Transparenz habe mangeln lassen. Er habe im Gegenteil die Kreistagsmitglieder frühzeitig über alle Geschehnisse und Entwicklungen informiert. Die Art der Berichterstattung in der Presse sei dieser Tatsache leider nicht gerecht geworden. Dem Landrat spreche er, so Herr Pauluschke, in dieser Frage namens des Kreistages ausdrücklich das Vertrauen aus.

Sodann lud Herr Pauluschke auch namens des Landrates nochmals zum anschließenden gemeinsamen Jahresausklang ein und bat um rege Teilnahme.

Der Kreistagsvorsitzende dankte den Kreistagsmitgliedern für die sehr gute Zusammenarbeit in allen politischen Gremien des Kreises. Diskussionen würden stets sachlich und in ruhiger Atmosphäre geführt. Man habe ihm die Funktion als Kreistagsvorsitzender leicht gemacht; die Zusammenarbeit mache Freude.

Allen Anwesenden und ihren Angehörigen wünschte Herr Pauluschke alles Gute für die bevorstehenden Feiertage und für das Jahr 2013.

Da weitere Wortmeldungen nicht vorlagen, schloss Kreistagsvorsitzender Pauluschke die öffentliche Sitzung um 18.05 Uhr. - Die Beratungen wurden ab 18.10 Uhr in nichtöffentlicher Sitzung fortgesetzt.

gez. **Bernd Pauluschke**  
Kreistagsvorsitzender

gez. **Sven Ambrosy**  
Landrat

gez. **Gerda Gerdes**  
Protokollführerin